



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 22-1983 Datum: 20.05.2021
--------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Sozialraumentwicklung	27.05.2021

Das StoP Projekt "Stadtteile ohne Partnergewalt" Wilhelmsburg-Reiherstieg in eine Regelfinanzierung überführen (Antrag DIE LINKE- und GRÜNE-Fraktionen)

Sachverhalt:

Die Zahl der Opfer von Partnerschaftsgewalt erreichte laut Kriminalstatistik der Polizei Hamburg 2020 ihren höchsten Stand seit zehn Jahren und die Zahl der Vergewaltigungen, Nötigungen und sexuellen Übergriffe in besonders schwerem Fall stieg um 35,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (ebd.). Die Pandemie generiert Unsicherheit, Zukunftsängste und finanzielle Sorgen, die zu vermehrten Aggressionen und einer Zunahme häuslicher Gewalt führen. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten, sich Hilfe im Familien- und Freundeskreis oder bei einer Beratungsstelle zu suchen, durch Kontaktbeschränkungen erschwert oder unzugänglich. Durch die häusliche Isolation steigt also nicht nur der emotionale Druck, sondern auch die Dunkelziffer partnerschaftlicher Gewalt dürfte zugenommen haben.

Seit 2019 setzt sich das Projekt „StoP Stadtteile ohne Partnergewalt“ Wilhelmsburg-Reiherstieg in vielen Bereichen erfolgreich für die Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Partnergewalt ein, indem es über die Gewaltproblematik aufklärt und durch das Angebot der Gruppenarbeit nachbarschaftliche Hilfsstrukturen etabliert. Die finanzielle Situation des Projekts, das derzeit wichtiger denn je ist, ist jedoch prekär, hat keine Planungssicherheit und benötigt daher jetzt endlich eine Ausfinanzierung und Regelmäßigkeit. Siehe dazu auch den Koalitionsvertrag von SPD / Grüne zur Bürgerschaft, Juni 2020, S. 129.

Das bisherige Versäumnis einer Regelfinanzierung von Projekten wie dem StoP-Projekt in Hamburg Wilhelmsburg und anderen StoP Projekten in ganz Hamburg tritt nun deutlicher zum Vorschein. Mit einer halben Stelle, die zudem befristet sind, ist das Projekt personell unzureichend aufgestellt. Zurzeit gibt es eine Zusage über 20.000 € pro Jahr für die anteilige Finanzierung einer halben Stelle für die Projektleiterin und Verantwortliche der Nachbarschaftsgruppe bis Ende 2022 von der BAGSFI (Sozialbehörde). Dieses Geld wird an den Bezirk-Mitte gegeben, der wiederum 15.000 € der Projektkosten übernehmen und hinzugeben wollte. Weitere 5.000 € hat der Träger über Spenden akquiriert. Formal hatte der Träger in Absprache mit Bezirk und Sozialbehörde einen Antrag über die 35.000 € beim Quartiersfonds gestellt. Die 15.000 € wurden vom Quartierfonds im Oktober 2020 bewilligt (siehe Drucksache 22-1383). Ende 2020 bekam er dann jedoch einen Zuwendungsbescheid über 20.000 (die von der Sozialbehörde zugesagten Mittel) mit dem Hinweis, dass nur 75 % davon sicher zugewendet werden, da die restlichen 25 % widerrufen werden können und nur vorbehaltlich der Feststellung des Haushaltplans 2021 sind.

Aufgrund der Befristungen für jeweils nur ein Jahr bzw. zwei Jahre, der Differenz zwischen bewilligten

und tatsächlich zugewendeten Mitteln entsteht eine große Planungsunsicherheit. Kontinuierliche Arbeit insbesondere Beziehungsarbeit (Hauptgelingensfaktor der Sozialen Arbeit wie Studien immer wieder belegen) wird erschwert und einige Teile für Gemeinwesenarbeit finden nicht einmal den Weg in die Projektierung.

Um häusliche Gewalt zu reduzieren muss das Projekt mit Frauen arbeiten (statisch sind die meisten Opfer Frauen), mit und an Männern arbeiten (statisch sind die meisten Täter Männer) und auch mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (die beides sein können Opfer und Täter).

Um professionelle Mindeststandards zu erfüllen und den Bedarf an Gemeinwesenarbeit leisten zu können, muss die Projektarbeit eine langfristige Perspektive bekommen und in eine Regelfinanzierung überführt werden! Außerdem müssen Mittel für die Arbeit mit Männern und Jungen bereitgestellt werden, die es dem Projekt ermöglichen, bereits vor den Taten aktiv präventiv vorgehen zu können.

Petition/Beschluss:

Der Ausschuss für Sozialraumentwicklung möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Sozialraumentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte setzt sich weiter für das StoP Projekt Wilhelmsburg-Reiherstieg ein und bekräftigt die Notwendigkeit des Projektes für die Gemeinwesenarbeit.
2. Die zuständige Fachbehörde (BAGSFI) wird gebeten zu prüfen, wie die von der BAGSFI befristete Zusage einer teilweisen Finanzierung bis Ende 2022 in eine finanzierte 0,5 VZÄ Personalstelle des StoP Projekt Wilhelmsburg-Reiherstieg ab der zweiten Hälfte 2021 in eine unbefristete Finanzierung einer halben Stelle umgewandelt werden kann.
3. Die zuständige Fachbehörde wird gebeten, eine dauerhafte halbe Stelle für die Männerarbeit und Jugendarbeit zu schaffen.